

Tischvorlage
für die Sitzung des Senats
am 24. April 2012

„Präsenz der nordmedia in Bremen“ – L 9
(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

A. Problem

Die Abgeordneten Werner und Güldner der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage gestellt:

- „1. In welchem Ausmaß und aus welchen Gründen wurden die Öffnungszeiten des Bremer nordmedia-Büros reduziert?
2. Welche Präsenz und welche Aufgabenwahrnehmung der nordmedia hält der Senat vor Ort in Bremen für wichtig und warum?“

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Die nordmedia betreibt seit August 2002 neben der Zentrale in Hannover auch ein Regionalbüro in Bremen. Die Räumlichkeiten befinden sich im Weser-Haus, also in unmittelbarer Nachbarschaft zu Radio Bremen. Zuletzt waren zwei Mitarbeiterinnen mit einem Stundenkontingent von 20 bzw. 30 Wochenstunden vor Ort. Zusätzlich kommt der Leiter der Förderung anlassbezogen für Gespräche von Hannover ins Bremer Büro.

Die beiden Mitarbeiterinnen haben die nordmedia Ende März verlassen. Eine Stelle war für die Dauer eines EU-Programms befristet, die andere Mitarbeiterin hat den Arbeitgeber gewechselt, ihre Stelle ist vakant. Seit April ist das Regionalbüro nur nach Vereinbarung für Beratungsgespräche geöffnet.

Die zuvor in Bremen durchgeführten Arbeiten werden derzeit von Hannover aus koordiniert.

Zu Frage 2:

Der Senat hält eine dauerhafte, personelle Präsenz vor Ort für notwendig und setzt sich auch im Aufsichtsrat der Nordmedia dafür ein, dass diese schnellstmöglich wieder gewährleistet ist. Das Bremer Büro kann mit dem entsprechenden Personal über die Stadt Bremen hinaus wirken und für Filmemacher im Nordwesten Niedersachsens als Anlauf- und Kontaktstelle dienen.

Mit der nordmedia wird gegenwärtig erörtert, wie die Nachbesetzung der vakanten Stelle erfolgen kann.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Keine.

E. Beteiligung und Abstimmung

Keine.

F. Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Geeignet.

G. Beschlussvorschlag

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatskanzlei vom 19.04.2012 dem Entwurf einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN für die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) zu.